

# Politischer Jahresbericht

## Nigeria 2006/2007



## Nigeria

### Länderbüro Nigeria, Juli 2006-Juli 2007

Dr. Stefan Cramer

Heinrich-Böll-Stiftung  
Länderbüro Nigeria  
9b, Omo Osagie St.  
off Okotie Eboh St.  
S/W Ikoyi, Lagos, Nigeria  
Leitung: Dr. Stefan Cramer  
Fon: +234-1-47 21 465  
E-Mail: [info@boellnigeria.org](mailto:info@boellnigeria.org)  
Homepage: [www.boellnigeria.org](http://www.boellnigeria.org)

### Inhalt

Zusammenfassung.....	2
1. Die innenpolitische Entwicklung.....	4
1.1 Wirtschaftsreformen und Korruption.....	4
1.2 Ölförderung.....	4
1.3 Volkszählung.....	6
2. Wahlen.....	7
3. Bilanz der Regierung Obasanjo.....	11
4. Nigeria im Griff des Klimawandels.....	11
5. Ausblick.....	12

## Zusammenfassung

Zwei Themen haben im vergangenen Jahr Nigeria immer wieder in das Blickfeld der internationalen Öffentlichkeit gerückt: die umstrittenen Wahlen im Frühjahr 2007 und die eskalierende Gewalt, einschließlich häufiger Entführungen von Ausländern in den Ölfördergebieten im Niger-Delta. Letztere führten zu Preisschüben auf den internationalen Ölmärkten.

Die **Wirtschaftsreformen** der Regierung Obasanjo werden auch unter der neuen Regierung Yar'Adua fortgeführt. Allerdings wurden zentrale Akteure ausgetauscht. Das Reformtempo verlangsamte sich weiter. Nigeria ist zwar vollständig entschuldet, nimmt aber rasch wieder neue Auslandskredite auf, vor allem aus China, im Tausch gegen umfangreiche Ölförderrechte. Auch das Tempo bei der Verfolgung der Wirtschaftskriminalität schwächte sich zunächst ab. Die Anti-Korruptionsmaßnahmen wurden zunehmend instrumentalisiert für parteipolitische Zwecke im Vorfeld der Wahlen 2007.

Bedingt durch die prekäre Sicherheitslage im Niger-Delta sank die **Ölförderung** Nigerias um ca. 20-30 %. Der Weltmarktpreis für Öl schwankte parallel zu den politischen Entwicklungen in Nigeria. Dies reflektiert die bedeutende Rolle Nigerias vor allem für die Ölversorgung der USA (10-15%), die mittlerweile mehr Öl aus dem Golf von Guinea (Angola, Äquatorial-Guinea und Nigeria) beziehen als aus dem Irak und Saudi-Arabien zusammen.

Im Berichtszeitraum wurden über 200 ausländische Mitarbeiter internationaler Ölfirmen und ihrer Vertragsfirmen **entführt** und meist gegen ein Lösegeld wieder freigelassen. Militärische Befreiungsaktionen blieben selten, in der Regel verhandelten lokale Politiker mit den Entführern. Dagegen setzt sich das Movement for the Emancipation of the Niger Delta weiter für eine Drosselung der Ölförderung, höhere Auszahlungen an die Gemeinden, auf deren Gebiet Öl gefördert wird und die Freilassung inhaftierter Anführer ein. Eine politische Lösung der Niger Delta-Krise scheint heute auch nach der Freilassung des Ijaw-Führer Mujahid Dokubo-Asari weiter entfernt denn je. Die Tatsache, dass jetzt der Vizepräsident aus der Region stammt, hat noch keinen Umschwung gebracht.

Die nigerianischen Truppen zogen sich am 11. August 2006 endgültig von der **Bakassi-Halbinsel** zurück. Nigeria setzte damit verspätet die Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs um, der das umstrittene Gebiet bereits 2002 Kamerun zusprach.

Das Jahr 2006-2007 war ein schwarzes Jahr in der Geschichte der nigerianischen **Luftfahrt**. Im September 2006 stürzte eine Maschine der nigerianischen Luftwaffe mit 10 Generälen an Bord im gebirgigen Osten des Landes ab. Einen Monat später verunglückte dann eine vollbesetzte Verkehrsmaschine in einem Sturm auf dem Flug von Abuja nach Sokoto.

Die Ergebnisse der **Volkszählung** des vergangenen Jahres wurden endlich veröffentlicht. Anfang März gab die National Population Commission (NPC) nach mehr als einem Jahr die ersten Ergebnisse der Volkszählung aus dem Jahr 2006 bekannt. Mit 140 Millionen Einwohnern weist Nigeria ein atemberaubendes Bevölkerungswachstum von 3,7 % pro Jahr auf. Auch wenn die Angaben auf fragwürdigen Methoden basieren, bestätigt sich doch der Trend früherer Volkszählungen. Die Daten bestätigten auch das raschere Bevölkerungswachstum im überwiegend muslimischen Norden.

Der Konflikt zwischen Präsident Olusegun Obasanjo und seinem Vizepräsidenten Atiku Abubakar prägte den **Wahlkampf**. Größere gewaltsame Auseinandersetzungen, die im Zusammenhang mit den Wahlen erwartet wurden, fanden jedoch nicht statt.

Die **Wahlen** zum Amt des Staatspräsidenten, für das Nationalparlament, die Gouverneursposten in den 36 Bundesstaaten und für die Parlamente der Bundesstaaten (Landtage) im April 2007 gingen erwartungsgemäß aus. Der Präsidentschaftskandidat Umaru Yar'Adua der herrschenden People's Democratic Party (PDP) wurde mit überwältigender Mehrheit - so der Entscheid der sog. Unabhängigen Nigerianischen Wahlkommission INEC - von 24,6 Millionen der 60 Mio. registrierten Wähler in das höchste Staatsamt gewählt. Seine Legitimität wurde und wird weiterhin sowohl im Ausland als auch innerhalb von Nigeria angesichts des massiven Wahlbetrugs angezweifelt. In 28 von 36 Provinzen errang die PDP das höchste Amt, fast alle Parlamente sind von einer überwältigenden PDP-Mehrheit dominiert. Am 29. Mai übernahm der neue Präsident die Regierungsgeschäfte. Eine neue Regierung ist erst im Entstehen.

Das Ende der achtjährigen Amtszeit von **Präsident Olusegun Obasanjo** war vielerorts Anlass zu einer Bilanz seiner Regierungszeit. Die in Teilen erfolgreichen Wirtschaftsreformen haben bislang die wirtschaftliche Situation insgesamt und speziell die Lebensbedingungen der „kleinen Leute“ nicht wesentlich verbessert. In wichtigen Bereichen (Bekämpfung der Armut, Arbeitsplatzbeschaffung, Energieversorgung, Lebensmittelsicherheit usw.) hat es die Obasanjo-Regierung nicht vermocht, nachhaltig Verbesserungen durchzusetzen.

Die Rolle der Zivilgesellschaft ist weiterhin ambivalent. Sie stellt neben der bemerkenswert freien und kritischen Presse den wichtigsten Ort gesellschaftspolitischer Diskussion dar, leidet jedoch weiterhin an strukturellen Mängeln.

Die **neue Regierung** unter Präsident Yar'Adua nimmt nur sehr zögerlich Gestalt an.. Es wird jedoch keine echte Regierung der Nationalen Einheit werden, da nur die oppositionelle All Nigerian People's Party (ANPP) Politiker in das neue Kabinett entsendete. Der größere Action Congress (AC) verweigert eine Regierungsbeteiligung. Mit dem Amtsantritt der neuen Regierung und der neuen Provinzgouverneure verlieren die alten Gouverneure ihre verfassungsmäßige Immunität. Die Anti-Korruptionsbehörde Economic and Financial Crimes Commission (EFCC) hat gegen 5 von ihnen bereits umfangreiche Anklageschriften vorbereitet. Zwei der Gouverneure (Joshua Dariye aus Plateau und Ayo Fayose aus Ekiti) sind auf der Flucht, ein weiterer (Orji Uzor Kalu) ist bereits verurteilt.

Die weltweite Aufmerksamkeit für den **Klimawandel** scheint in Nigeria nur geringe Spuren zu hinterlassen. Für ein Land wie Nigeria, dessen Wirtschaftskraft sich fast ausschließlich auf die Bereitstellung von fossilen Brennstoffen begründet, ist dies sicherlich nicht weiter verwunderlich.

## 1. Die innenpolitische Entwicklung

### 1.1 Wirtschaftsreformen und Korruption:

Nachdem Präsident Obasanjo förmlich seine Niederlage im Senat anerkannte, begann in der Regierungspartei People's Democratic Party (PDP)<sup>1</sup> der Kampf um die Nominierung seines Nachfolgers im Präsidentenamts. Hierfür war aus Sicht der PDP zunächst eine rasche Disziplinierung der mächtigen Gouverneure der Bundesstaaten notwendig. Eine neue Welle von Anti-Korruptionsmaßnahmen begann, ein „big push“, um bis zu den Wahlen die größten „Altlasten“ von besonders korrupten Politikern beseitigt zu haben. Die Wirtschaftsreformen wurden zunehmend halbherzig fortgeführt.

Am 21. Juni bildete Präsident Olusegun Obasanjo überraschend sein **ökonomisches Kernteam** um. Insbesondere wurde die hoch angesehene und vor allem im Ausland geschätzte Finanzministerin Ngozi Okonjo-Iweala überraschend abgesetzt und in das Amt der Außenministerin hochgelobt. Von diesem Posten trat sie wenig später enttäuscht zurück, um einem Ruf als Vize-Präsidentin für Afrika zu den Vereinten Nationen zu folgen. Die Ministerin für Bergbau und Stahl, Frau Oby Ezekwesili, die sich als Vorsitzende der Nigerian Extractive Industries Initiative (NEITI) einen guten Ruf gemacht hatte, wurde in das Erziehungsministerium versetzt. Inzwischen hat auch sie die Regierung und das Land verlassen und ist jetzt Vizepräsidentin der Weltbank. Der als Macher bekannte Nasir El Rufai blieb zwar Minister für das Gebiet der Bundeshauptstadt (Federal Capital Territory, FCT), übernahm jedoch vorübergehend auch das Wirtschaftsministerium.

Der Chef der wichtigsten **Anti-Korruptionsbehörde, Economic and Financial Crimes Commission (EFCC)**, Nuhu Ribadu, sorgte für Kontinuität bei der strafrechtlichen Verfolgung vor allem der als besonders korrupt geltenden Gouverneure einiger Bundesstaaten. Allerdings wurden zunehmend Stimmen im In- und Ausland laut, die dieser Behörde eine parteipolitische Schiefelage vorwerfen. Es wurden offensichtlich bevorzugt oppositionelle Gouverneure verfolgt. Diese Politiker hatten sich dem „third term bid“ widersetzt, also dem Versuch der Regierungspartei PDP, eine Verfassungsänderung durchzusetzen, die eine dritte Amtszeit für Präsident Olusegun Obasanjo ermöglicht hätte. Die Weltbank unterstützte die EFCC in ihren Bemühungen und verteidigte sie gegen die geäußerte Kritik. Insbesondere kommen nun die internationalen Verflechtungen der nigerianischen Korruptionsnetzwerke ins Visier der Ermittler. Dem Präsidenten selbst werden dubiose Geschäfte bei der Beschaffung von israelischen Aufklärungsdrohnen unterstellt. Dem Vizepräsidenten werden dagegen Verwicklungen in fragwürdige Geschäfte mit der Firma iGate, sowie Korruption mit Verbindungen zum US-Kongressabgeordneten William Jefferson zur Last gelegt. Gemeinsam haben Präsident und Vizepräsident offensichtlich erhebliche Mittel des Petroleum Technology Development Fund (PTDF) in großem Stil zur Wahlkampffinanzierung oder für persönliche Ausgaben missbraucht. Der Vizepräsident soll, so eine Untersuchungskommission des Kongresses, in einer Transaktion allein 125 Millionen US-\$ auf private

Konten verschoben haben. Diese Anklage führte später zu seinem zeitweiligen Ausschluss aus dem Wahlkampf um das Präsidentenamt.

### 1.2 Ölförderung

Zu Beginn seiner Amtszeit hatte Präsident Obasanjo die Korruption insbesondere bei der **Vergabe von Ölfeldern** in den Mittelpunkt seiner Anstrengungen gestellt. Er betonte damals, dass die Vergabe von besonders günstigen Ölförderverträgen eine der Wurzeln der nigerianischen Korruption sei. Er annullierte daraufhin zahlreiche Verträge seiner Vorgänger. In den letzten Monaten seiner Amtszeit wurde Obasanjo dagegen genau dieses Gebahren zum Vorwurf gemacht. Vor allem ausländische Beobachter wiesen darauf hin, dass damit insbesondere das nigerianische Regierungsenagement in der Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) in Frage gestellt sei. Auch ist der Präsident selbst in dem Starcrest-Fall (fragwürdige Ölförderlizenzen an Vertraute des Präsidenten) sowie in Bezug auf sein enormes Anlagevermögen in der Aktienholding Transcorp in das Visier der Fahnder geraten.

Die **“Stolen Wealth Campaign”** der nigerianischen Zivilgesellschaft hat dagegen im Fall der Rückführung des sogenannten „Abacha Loot“ einen Erfolg zu verbuchen. Die Überwachung der Ausgaben dieser rückgeführten Mittel - gemeinsam unterstützt von der Weltbank und der Heinrich-Böll-Stiftung - hat weitreichende Möglichkeiten für mehr Transparenz im Regierungshandeln ermöglicht. Die damalige Finanzministerin, Ms. Nenadi Usman, rief aufgrund dieser Erfahrungen im Januar 2007 die Zivilgesellschaft zur gemeinsamen Überwachung der Mittel zur Erreichung der Millenniumsziele (MDGs) auf und stellte erstmals einen Haushaltstitel für diese Inspektionsmaßnahmen zu Verfügung.

In der Endphase der Regierungsperiode Obasanjo verlangsamte sich das **Tempo der ökonomischen Reformen**. Statt der früher intensiv betriebenen Privatisierung und Entlassungen im Öffentlichen Dienst mussten im Vorfeld der Wahlen wieder die mächtigen Gouverneure der Bundesstaaten und andere politische Akteure auf Bundesebene bedient werden. Insbesondere die **Reformen im Energiesektor** stagnierten. Die Zerschlagung des nationalen Monopolisten Nigerian Energy Power Agency (NEPA) in 16 eigenständige Betriebe unter dem Dach der Power Holding Company of Nigeria (PHCN) hat nicht zu einer Rationalisierung in der Stromproduktion geführt und soll zumindest teilweise rückgängig gemacht werden. Zu mächtig war die Blockadepolitik der Provinzgouverneure, die den Energiesektor als ihre angestammten Pfründe ansehen. Die anhaltende Instabilität im Niger-Delta sowie der jahrzehntelange Mangel an Ersatzinvestitionen reduzierte vor allem das Angebot an Erdgas, auf dessen Grundlage neue Kraftwerkskapazitäten im Bau oder bereits fertig gestellt sind. Als Ergebnis dieser verfehlten Politik sank zu Beginn des Jahres 2007 die Stromproduktion Nigerias auf zeitweise nur noch 1.400 MW. Das entspricht einem Pro-Kopf-Aufkommen von nur 10 Watt, gerade ausreichend für eine kleinere Energiesparbirne.

Die **unzuverlässige Energieversorgung** verhindert die Industrialisierung des Landes. Das verarbeitende Gewerbe ist praktisch zum

<sup>1</sup> Zu den Abkürzungen siehe Liste am Ende des Berichts

Erliegen gekommen, zumal im Rahmen der Wirtschaftsliberalisierung Billigimporte vor allem aus China unschlagbar kostengünstig ins Land kommen. Einzig der anhaltend hohe Ölpreis sicherte die Höhe des Staatshaushaltes (mit 21% Steigerung gegenüber 2006) und das Wachstum des Bruttosozialprodukts<sup>2</sup>. Wenn man aber bedenkt, dass 70 % des nigerianischen Staatsvermögens bereits ins Ausland geschafft ist (so eine Studie der Weltbank), verfällt der Mythos vom „reichen Nigeria“ rasch. Die Wirtschaft des Landes ist weiterhin zu einem viel zu hohen Anteil von Öl und Gas abhängig. Eine Verbreiterung der Einkommensbasis ist noch nicht in Sicht, auch wenn Nigeria mit reichen Erzlagerstätten ausgestattet ist<sup>3</sup>. In den Entwürfen für die zweite Phase der National Economic Empowerment and Development Strategy (NEEDS 2), dem neuen Wirtschaftsprogramm für den Zeitraum bis 2011, werden diese Tendenzen noch fortgeschrieben. Daher beteiligen sich zurzeit insgesamt fünf Partnerorganisationen der Stiftung (CPPC, ANEEJ, JDPC, DevNet and SERI) an der öffentlichen Diskussion mit dem Ziel, die Parameter für diese Wirtschaftspolitik noch rechtzeitig zu beeinflussen.

Auch die **Ausgabenpolitik der Regierung** gerät nun stärker in den Brennpunkt, nachdem die Einnahmen und deren Verteilung transparenter geworden sind. Im Jahr 2006 wurde endlich das Gesetz zur Reform des Beschaffungswesens (Procurement Reform Bill) verabschiedet. Die Arbeit der Budget Monitoring and Price Intelligence Unit (BMPIU) wurde von der Partnerorganisation der Stiftung Integrity Organization einer gründlichen Prüfung unterzogen. Mittlerweile wurden – unter Mithilfe des Budget Monitoring Networks und mit Unterstützung der Stiftung – die Fähigkeiten auch der Provinzverwaltung verbessert. In 4 Bundesstaaten (Cross Rivers, Ebonyi, Yobe und Anambra) ist eine entsprechende Gesetzgebung in Vorbereitung. Das Parlament des Bundesstaates Edo hat – wiederum mit Unterstützung der Stiftung – das Gesetz zur Entwicklung der Öl-Produzierenden Gebietskörperschaften (Edo State Oil Producing and Development Commission Bill, EDOPADEC) verabschiedet.

Die **Ölproduktion im Niger-Delta** schwächte sich weiter ab. Der Weltmarktpreis für Öl bewegte sich im Rhythmus der politischen Entwicklungen in Nigeria. Dies reflektiert die rasch ansteigende Rolle Nigerias vor allem für die Ölversorgung der USA (10-15%), die mittlerweile mehr Erdöl aus dem Golf von Guinea (Angola, Äquatorial-Guinea und Nigeria) beziehen als aus dem Irak und Saudi-Arabien zusammen. Ohne die gigantischen Öleinnahmen des Jahres 2006 wären alle diese Wirtschaftsdaten Makulatur. Am 11. Oktober 2006 präsentierte Staatspräsident Olusegun Obasanjo den größten Jahreshaushalt der nigerianischen Geschichte und prognostizierte Regierungseinnahmen von 2,3 Trillionen Naira für das Haushaltsjahr 2007 (ca. 18,2 Milliarden US-\$), ein Anstieg von 20 % gegenüber dem Haushalt 2006. Dieser Schätzung lag noch ein Ölpreis von 40 US-\$ pro Barrel zugrunde. Daher war es Nigeria möglich, seine Auslandsschulden schlagartig zu begleichen und ei-

ne Währungsreserve von mittlerweile 45 Milliarden US-\$ aufzubauen. Somit waren der Staat und die großen Regierungsunternehmen sofort wieder international kreditwürdig. Bei dem jetzigen Ölpreis von bis zu 70 US-\$ pro Barrel sind diese Haushaltszahlen längst überholt. Wie in den achtziger Jahren überwiegt das Geldaufkommen das Angebot an Waren und Dienstleistungen bei weitem. Nur angesichts der massiven Kapitalflucht fällt die Inflationsrate daher nicht wesentlich höher aus.

Diese neuen Haushaltsmilliarden sollen unter anderem in die Erneuerung der Infrastruktur des Landes gesteckt werden. Das Straßen- und Eisenbahnnetz soll grundsätzlich überholt und erneuert werden, neue Streckenführungen sind in Vorbereitung. Diese Flut von öffentlichen Aufträgen wird eine Herausforderung für die noch jungen Bemühungen um Korruptionsbekämpfung darstellen. Die staatlichen Institutionen, so eine Studie der Weltbank, sind diesem Umsatzvolumen und der transparenten Auftragsvergabe noch nicht gewachsen. Einen Vorgeschmack gaben die letzten Tage der Amtszeit der Obasanjo-Regierung im Mai 2007, in denen noch einmal rasch Milliardenaufträge und Verkäufe von strategischem Staatsbesitz (wie die beiden Raffinerien von Kaduna und Port Harcourt) getätigt wurden, offensichtlich oft ohne die notwendigen Ausschreibungen. Auffällig ist, dass besonders oft Geschäfts- und politische Partner des scheidenden Präsidenten dabei zum Zuge gekommen sind. Es wird abzuwarten sein, ob der neue Präsident diese Verkäufe und Aufträge nicht doch annullieren wird, sollten sie nicht unter rechtsstaatlichen Bedingungen zustande gekommen sein.

Die **jährlichen Fördermengen** für Öl stagnierten im Berichtszeitraum bei ca. 2,5 Millionen Barrel pro Tag, mindestens 3 Millionen wären mit den gegenwärtigen Förderanlagen möglich. Gegenwärtig werden aber wegen der prekären Sicherheitslage im Niger-Delta nur ca. 2 Millionen Barrel pro Tag gefördert. Nigeria verlor dadurch zwischen Dezember 2005 und April 2007 ca. 16 Milliarden US-\$ an Exporterlösen.<sup>4</sup>

Im Berichtszeitraum erfolgten erste Lieferungen von verflüssigtem **Erdgas**. Diese sind Teil einer Verabredung zwischen der Ölindustrie und der nigerianischen Regierung, das Abfackeln der bei der Ölförderung gewonnenen Gasmengen bis zum Ende des Jahres 2008 einzustellen. Leider sind die Förder- und Aufbereitungsanlagen weit hinter dem Plan, oft – so die Industrie – aufgrund der immer schwieriger werdenden Sicherheitslage. Dabei bewegen sich die Investitionen im Bereich zahlreicher Milliarden US-\$ pro Fördergesellschaft. Bereits jetzt ist abzusehen, dass das Ziel, das Abfackeln des Erdgases (gas flaring) bis 2008 abzustellen, nicht mehr erreicht werden kann.

Das **chinesische Engagement** im Öl-Sektor wird immer stärker. Anfang Januar 2007 investierte die staatliche China National Overseas Oil Corporation (CNOOC Ltd.) 2,3 Milliarden US-\$ für eine 45 prozentige Beteiligung an einem neuen Ölfeld in Nigeria. Die Produktion verlagert sich mittlerweile aus technischen und Sicher-

<sup>2</sup> Wirtschaftslage und –struktur Nigerias, Auswärtiges Amt, Juni 2007

<sup>3</sup> Nigeria – An Exciting New Mining Destination - Mining Journal Special Publication, London, February 2006

<sup>4</sup> Bericht des United States Department of State, April 2007: "Nigeria Energy Data, Statistics and Analysis - Oil, Gas, Electricity, Coal"

heitsgründen immer mehr auf Offshore-Plattformen. Die Service- und Zulieferindustrie für die Ölförderung zieht zurzeit systematisch aus den Unruhegebieten des Delta in die Küstenregion um Lagos um. Dort wird ein neuer Tiefseehafen vorbereitet, von dem aus die Ölförderindustrie im gesamten Golf von Guinea unterstützt werden soll.

Das **reale Wirtschaftswachstum** Nigerias betrug 2006 ca. 4.2% (7.0% im Jahr 2005). Für das Jahr 2007 werden 7.5% vorhergesagt. Der interne Bedarf an Öl lag 2006 bei 337,000 Barrel pro Tag, Tendenz steigend bis auf ca. 406,000 im Jahr 2010. Die staatliche Nigerian National Petroleum Corporation (NNPC) kontrolliert mehr als die Hälfte der Ölproduktion und 40 % der Gasversorgung. Die Ölproduktion soll bis zum Jahr 2010 auf ca. 3 Millionen Barrel pro Tag gesteigert werden. Die Gasförderung soll 2010 auf 45 Milliarden Kubikmeter steigen.

Die **nigerianischen Ölvorräte gehen zur Neige**: Die Ölvorräte im On- und Offshore-Bereich wurden für 2006 mit 36 Milliarden Barrel angegeben<sup>5</sup> und werden in 20 bis 30 Jahren erschöpft sein. Die Gasvorräte liegen dagegen bei 185 Billionen Kubikmeter und werden erst in ca. 70 Jahren bei dem geplanten Förderumfang zur Neige gehen. Es ist daher schwer, bereits jetzt eine Energiewende in Nigeria zu propagieren.

Die **Entführungen im Delta** nehmen zu. Im Berichtszeitraum wurden über 200 ausländische Mitarbeiter internationaler Ölfirmen und ihrer Vertragsfirmen entführt und nach wenigen Tagen oder Wochen meist gegen ein Lösegeld wieder freigelassen. Diese Verschleppungen schwächen das internationale Ansehen Nigerias und führen zu einer substantiellen Drosselung und Verteuerung der Ölförderung. Dabei profitieren fast alle von diesem einträglichen Handel. Die enormen Lösegelder werden zwischen den Jugendbanden, die die Entführungen durchführen, den örtlichen Politikern, die die Freilassung vermitteln, und den örtlichen Polizei- und Militärkräften aufgeteilt. Diese Zahlungen bringen einen schwunghaften Waffenhandel im Niger-Delta mit sich. Die ausländischen Firmen zahlen hohe Summen, die sie anschließend als „Sicherheitsausgaben“ von der Steuer, bzw. in Joint Ventures als Betriebsausgaben wieder absetzen können. Mittlerweile werden auf diese Weise bis zu 1500 US-\$ pro Tag und ausländischem Mitarbeiter als Betriebsausgaben angesetzt. Militärische Befreiungsaktionen bleiben selten, in der Regel verhandeln lokale Politiker mit den Entführern. Neben den Erpressungen gehen die politischen Ziele des Movement for the Emancipation of the Niger Delta (MEND) deutlich weiter. Sie fordern die Drosselung der Ölförderung, höhere Auszahlungen an die Gemeinden, in deren Gebiet Öl gefördert wird, und die Freilassung inhaftierter Anführer. Es wird deutlich, dass der Regierung die Kontrolle über die Ölfelder zunehmend entgleitet. US-Amerikanische Pläne zur militärischen Sicherung der Ölquellen wurden bekannt<sup>6</sup>. Gegen Ende des Berichtszeitraums wurde der oppositionelle Ijaw-Führer Mujahid

Dokubo-Asari freigelassen und versprach, sich für ein Ende der Entführungen einzusetzen. Ergebnisse sind bisher nicht erkennbar. Die Entführung der 3-jährigen Tochter eines britischen Ölarbeiters im Juli 2007 schockiert selbst das an Entführungen und Brutalitäten gewöhnte Land. Eine politische Lösung der Niger Delta-Krise scheint heute weiter entfernt als denn je zuvor, selbst wenn eine politische Aushandlung der „Ressourcenkontrolle“ zustande käme. Auch hat die Tatsache, dass nun der Vizepräsident des Landes, Jonathan Goodluck, aus dem Niger-Delta stammt, noch zu keinem Stimmungsumschwung geführt. Allerdings ist die Hoffnung groß, dass er sich als erster Vertreter der Region in dem hohen Amt der Lösung der Niger-Delta-Frage besonders zugewendet. Zurzeit verhandelt das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Environment Programme, UNEP) mit der nigerianischen Regierung über eine grundlegende Analyse der Umweltschäden im Delta.

### Frieden auf der Bakassi-Halbinsel

Die nigerianischen Truppen zogen sich am 11. August 2006 endgültig von der Bakassi-Halbinsel zurück und setzten damit eine internationale Schlichtung aus dem Jahr 2002 um, die das Gebiet Kamerun zusprach. Damit geht ein 30 Jahre lang andauernder Streit zwischen den beiden Nachbarn Nigeria und Kamerun um die Halbinsel im ölreichen Grenzgebiet zu Ende. Konservative Stimmen werfen der Regierung Obasanjo vor, die Souveränitätsrechte an diesem eigentlich unbedeutenden Stück Land leichtfertig verspielt zu haben. Nigeria stimmte damals einer internationalen Schlichtung zu, deren Ergebnis vorhersehbar war. Der Besitz von Bakassi entscheidet aber auch über Schürfrechte im ölhöffigen Offshore-Bereich. Im Widerspruch zum Demilitarisierungsabkommen halten nun allerdings kamerunische Truppen einen Teil der Halbinsel besetzt, in dem die Bevölkerung eine 'Democratic Republic of Bakassi' ausgerufen hatte.

### 1.3 Volkszählung

Über ein Jahr musste die nigerianische Öffentlichkeit auf die Veröffentlichung der Ergebnisse der Volkszählung vom März 2006 warten. Diese Verzögerung hat neben logistischen und fachlichen, vor allem wirtschaftliche und politische Hintergründe. Unter anderem wird nach der Bevölkerungszahl der Provinzen der Verteilungsschlüssel der Öleinnahmen der Bundesregierung berechnet. Volkszählungen sind daher in Nigeria eminent politische Ereignisse. Lange Zeit zirkulierten schon Gerüchte über die Ergebnisse im Land. General Ibrahim Babangida's Militärregierung hielt die erste landesweite Volkszählung 1991 ab, die eine Gesamtbevölkerung von 86,5 Millionen ergab. Auch wenn das Ergebnis sicherlich nicht stichhaltig ist, wurde es doch als Basis benutzt. Auf der Grundlage von Hochrechnungen mit einem Bevölkerungswachstum von 3 % pro Jahr hätte die jetzige Bevölkerung ca. 126 Millionen betragen müssen. Tatsächlich kamen die Volkszähler aber auf ca. 140 Millionen Einwohner. Das entspricht einem jährlichen Bevölkerungswachstum von 3,7%, im Norden ist es höher als im Süden. Einwände und Widersprüche sind so alt wie die Volkszählungen selbst fragwürdig sind. Aber die Fragwürdigkeit der Ergebnisse wird insbesondere an den Ergebnissen für den Stadtstaat Lagos deutlich, für den „nur“ ca. 9,5 Millionen EinwohnerInnen gezählt wurden, während die Verwaltung der Stadt von ca. 15

<sup>5</sup> U.S. Energy Information Administration, Oil & Gas Journal, Vol. 103, No. 47 (Dec. 19, 2005)

<sup>6</sup> Convergence of Military interests – Eine Publication des Public Policy Centres, Washington, Jan. 2007

Millionen ausgeht, ebenfalls auf der etwas vagen Grundlage von Schätzungen und Annahmen. Letztlich kann niemand mit Gewissheit sagen, wie viele NigerianerInnen es gibt und wo sie leben.

Unbestritten ist aber das enorme und ungebremste Bevölkerungswachstum von über 3 % pro Jahr. Dieses Wachstum würde auch die Anstrengungen einer erfolgreicherer Regierung überfordern. Ungezählt bleibt zudem das Millionenheer der illegalen Zuwanderer aus den wirtschaftlich schwächeren Nachbarländern, insbesondere aus Benin, Togo und Niger. Das Wachstum der Megacity Lagos, in die jedes Jahr fast eine Million Menschen ziehen, liegt mit 6-8 % weit über dem Landesdurchschnitt. Sollte dieses Wachstum nicht abgebrems werden können, würde – nach Vorhersagen des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (United Nation Fund for Population Agency, UNFPA)- Lagos in 10-15 Jahren sich zu einer der drei größten Metropolen der Welt entwickeln. Zurzeit ist nicht einmal der politische Wille zur Begrenzung des Wachstums der Stadt in Sicht. Im Gegenteil: die jüngsten Pläne, die meisten Zuliefer- und Serviceindustrien des Öl- und Gas-Sektors vom Delta nach Lagos zu verlegen, führen bereits jetzt zu einem erneuten Bauboom und zur weiteren Anziehungskraft der Stadt für die Menschen aus den vernachlässigten ländlichen und Ölfördergebiete. Besonders dramatisch ist die Entwicklung auch in der Hinsicht, dass die Stadtentwicklung sich auf die besonders vom Meeresspiegelanstieg gefährdete Lekki-Halbinsel konzentriert.

## 2. Wahlen

### Der Wahlkampf drehte sich nur um Personen

Mitte November 2006 wurde offiziell, was Insider bereits vermutet hatten. Präsident Obasanjo setzte die Nominierung des wenig bekannten Umaru Musa Yar'Adua als Präsidentschaftskandidaten der PDP durch. Yar'Adua war bisher Gouverneur des Bundesstaates Katsina und Bruder des verstorbenen Shehu Musa Yar'Adua, der als Obasanjos Stellvertreter bereits während dessen Militärregierungszeit 1976-79 gedient hatte. Daraufhin kündigte der bisherige Vizepräsident Atiku Abubakar, der sich bis dahin als der logische und legitime Nachfolger Obasanjo's ansah, am 25. November 2006 seine eigene Kandidatur an, trotz seiner Suspendierung von der Regierungspartei und der anhängigen Gerichtsverfahren. Wenige Tage später entschied der Lagos High Court unter Richter Inumidun Akande, dass die Verfassung weder der Economic and Financial Crimes Commission (EFCC) noch dem Präsidenten das Recht einräume, Kandidaten von den Präsidentschaftswahlen auszuschließen. Kurz darauf kam am 20. Dezember 2006 der Abuja High Court in einem ähnlichen Fall, diesmal direkt mit Bezug auf den Vizepräsidenten, zu einem gegenteiligen Urteil und annullierte das passive Wahlrecht des Vizepräsidenten.

Dabei stand das **Wahlergebnis schon im Voraus fest**. Die Opposition gegen die Regierungspartei People's Democratic Party (PDP) ist in 24 Parteien aufgespalten. Die wichtigste Oppositionspartei All Nigerian People's Party (ANPP) von Muhammadu Buhari gewann in den Wahlen des Jahres 2003 lediglich in sieben Bundesstaaten. Die ANPP blieb dabei eine Partei des Nordens mit guten Aussichten in den Bundesstaaten Borno, Jigawa, Kano, Yobe and Zamfara. Der neu gegründete Action Congress (AC) war allerdings mehr als nur ein Wahlverein für den Vizepräsidenten Atiku

Abubakar. Der AC konnte sich gute Chancen in Adamawa, Edo, Ekiti, Lagos und im Bundesstaat Plateau ausrechnen, die Democratic People's Party (DPP) in Sokoto. Alle anderen Parteien waren von vornherein chancenlos.

### Rückgang der Gewalt

Die lange Wahlkampfphase 2006-2007 war glücklicherweise weniger von massenhafter Gewalt gekennzeichnet als erwartet. „Nur“ vier politische Morde und sieben Mordversuche wurden zwischen November 2006 und März 2007 verzeichnet. Besonders beunruhigend war die Ermordung von Funsho Williams, einem Gouverneurskandidaten im Bundesstaat Lagos, der im Juli 2006 in Polizeigewahrsam in Lagos ums Leben kam. Der Mord ist bis heute nicht aufgeklärt. Auch die Ermordung des Gouverneurskandidaten Ayodeji Daramola und der Mordversuch an dem früheren Luftfahrtminister Isa Yuguda waren bis zu den Wahlen nicht aufgeklärt. Viele Beobachter befürchteten auch eine Neuaufgabe der Spannungen zwischen Christen und Muslimen nach dem Aufflackern von Kämpfen in Dutse, der Hauptstadt des Bundesstaates Jigawa, in Reaktion auf die unglücklichen Islam-Kommentare von Papst Benedikt XVI am 12. September 2006. Polizeikräfte und Armee wurden während der nachfolgenden Freitagsgebete in höchste Alarmbereitschaft versetzt. Es blieb aber insgesamt ruhig. Besonders auffällig war das Ausbleiben von religiösen Spannungen während der Wahlen selbst, obwohl es genug Anlässe gegeben hätte. Der hohe muslimische Geistliche Ustaz Ja'afar Adam und ein Mitglied der Gemeinde wurden im Vorfeld der Wahlen in einer Moschee ermordet; die private Radiostation Freedom Radio in Kano wurde am 2. April von aufgebrachten Muslimen wegen eines Programms zum Geburtstag des Propheten in Brand gesteckt. Während der Wahlen griffen angebliche Al-Quaida-Terroristen aus dem benachbarten Tschad eine Polizeistation in Kano an. Viele der Konflikte brachen allerdings zwischen verschiedenen muslimischen Strömungen aus. Mitte 2006 erschien es eher unwahrscheinlich, dass Auseinandersetzungen über die Reformpolitik der Regierung eine wesentliche Rolle im Wahlkampf spielen würden. Dazu ist die politische Kultur Nigerias nach wie vor zu stark vom Denken in ethnisch-regionalen Proporzkatégorien geprägt. Möglicherweise spiegeln sich hier aber auch die vielen landesweiten Anti-Gewalt-Kampagnen wieder, die unter anderem mit vier Projekten (WIPNET, DAG and UAD, MCDF) von der Heinrich-Böll-Stiftung aktiv unterstützt wurden. Jedenfalls gelang es in keinem Fall interessierten Politikern, religiöse Widersprüche für politische Zwecke zu mobilisieren. Dies ist ein positives Signal für das Zusammenleben im multi-ethnischen und multi-religiösen Nigeria. Es ist jedoch schwierig einzuschätzen ob das auch zukünftig so bleiben wird.

### Wahlfälschungen im großen Stil

Am 14. und 21. April 2007 (mit Nachwahlen in fast allen Landesteilen am 28. April) wählten die etwa 60 Millionen Wahlberechtigten des bevölkerungsreichsten Landes Afrikas einen neuen Präsidenten, ein neues Bundesparlament, sowie neue Länderparla-

mente und Gouverneure. Die Ergebnisse standen meist von vornherein schon fest. Die Regierungspartei People's Democratic Party (PDP) gewann die Wahlen überlegen. Sie stellt jetzt den neuen Präsidenten, den 55-jährigen Umaru Musa Yar'Adua, die überwältigende Mehrheit der Abgeordneten beider Häuser des Bundesparlaments sowie 90 % der mächtigen und einflussreichen Gouverneure und kontrolliert 28 der 36 Parlamente der Bundesstaaten. Kaum einer der lokalen und internationalen Beobachter hatte das Ausmaß an Wahlbetrug, Fälschungen der Ergebnisse, das logistische Chaos und die weit verbreitete Gewaltandrohung im Zusammenhang mit diesen Wahlen erwartet.

Die Bedingungen für den Ablauf der Wahlen waren zunächst durchaus positiv. Die letzten acht Jahre verfassungskonformer Zivilregierungen waren einmalig in der bewegten politischen Geschichte dieses Vielvölkerstaates. Die Regierung unter dem ehemaligen General Olusegun Obasanjo schickte sich an, die Regierungsgeschäfte friedlich an eine neue zivile, demokratisch gewählte Nachfolgeregierung zu übergeben. Alle Meinungsumfragen im Vorfeld der Wahlen sprachen der regierenden PDP eine komfortable Mehrheit zu, auch wenn in einzelnen Bundesstaaten ein Machtwechsel nicht ausgeschlossen schien.

Präsident Obasanjo verfolgte seit der überraschenden Nominierung seines Kandidaten Umaru Yar'Adua das Ziel, die Wahl von Atiku Abubakar mit Macht und Raffinesse zu verhindern. Er scheute dabei nicht den Griff in die Trickkiste, wie etwa die überraschende Ausrufung von öffentlichen Feiertagen, um die Beratungen des Obersten Gerichtshofes zu torpedieren. Womit er nicht gerechnet hatte, war die gewachsene Unabhängigkeit der Gerichte, die alle Versuche, den unliebsamen Konkurrenten auszuschalten, mit rechtsstaatlicher Gründlichkeit verhinderten. So kam es, dass Abubakar – allerdings erst wenige Tage vor den Wahlen – mit höchstrichterlichem Beschluss zu den Präsidentschaftswahlen zugelassen wurde. Das Wahchaos war damit vorprogrammiert. Ca. 60 Millionen Wahlberechtigte waren dazu aufgerufen, in ca. 120.000 Wahllokalen im ganzen Land ihre Stimmen bei insgesamt fünf Wahlvorgängen abzugeben. Allein schon die komplizierte Logistik überforderte die Unabhängige Nigerianische Wahlkommission INEC vollkommen. Endgültig zum Chaos geriet die Wahl, als der wichtigste Oppositionskandidat, Vizepräsident Abubakar, seine Wahlberechtigung nur per Gerichtsurteil erst wenige Tage vor dem Wahltermin erzwingen konnte. In aller Eile mussten 60 Millionen nummerierte Wahlzettel in Südafrika neu gedruckt und per Luftfracht ausgeliefert werden. Ähnlich ging es bei den Senatswahlen zu. In vielen Wahlbezirken trafen die Wahlunterlagen nie ein.<sup>7</sup>

---

<sup>7</sup> Zur detaillierten Analyse der zahlreichen Wahlfälschungen siehe:

- Ecowas Observer Mission to The Federal Republic Of Nigeria on the April 2007 General Elections: "Preliminary Declaration". Abuja, April 2007 and
- European Union Election Observation Mission: Federal Republic of Nigeria - Presidential, National Assembly, Gubernatorial and State Houses of Assembly Elections 14/21 April 2007 – "Statement

An dem Wahlergebnis änderte das aber nichts mehr. Yar'Adua wurde mit der überwältigenden Mehrheit – so der Entscheid der sog. Unabhängigen Nigerianischen Wahlkommission INEC – von 24,6 Millionen der 60 Mio. registrierten Wähler in das höchste Staatsamt gewählt. Der 64-jährige Ex-General Muhammadu Buhari von der All Nigerian People's Party (ANPP) errang nur 6,6 Millionen Stimmen und der „gefürchtete“ Abubakar nur ein mageres Ergebnis von 2,6 Millionen. Dieses Wahlergebnis wurde von allen Beobachtermissionen (EU, ECOWAS, AU, Commonwealth) und politischen Analysten als unglaublich angezweifelt oder gänzlich abgelehnt. Auch Präsident und Wahlkommission räumten letztlich schwere Mängel ein, akzeptierten aber das Gesamtergebnis.

Am 29. Mai 2007 wurde daraufhin Yar'Adua zum Präsidenten des krisengeschüttelten Landes ernannt. Die internationale Gemeinschaft hatte ihre massiven Zweifel am Wahlergebnis unmissverständlich und in seltener Direktheit ausgedrückt. Ein weiteres Novum bestand darin, dass die offizielle Beobachtermission der Westafrikanischen Wirtschaftsunion ECOWAS, deren mächtigster Pfeiler Nigeria selbst ist, die schwerwiegenden Mängel dieser Wahlen schonungslos angeprangert hatte. Das mächtige und ölfreiche Nigeria kann allerdings auf Realpolitik hoffen: Niemand wird das Land isolieren wollen. Der amerikanische Botschafter John Campbell, Repräsentant des wichtigsten Verbündeten und größten Abnehmers von nigerianischen Öllieferungen, gratulierte als erster westlicher Diplomat dem neuen Präsidenten zu seiner Wahl und bot weitere „Zusammenarbeit bei der Verbesserung der nigerianischen Demokratie“ an.

Die Liste der **dokumentierten Wahlmängel** ist lang und umfasst alles, was bei einer Wahl schief gehen kann: fehlende Wahllokale, fehlerhafte oder gänzlich fehlende Wahlunterlagen, zu späte Auslieferung der Wahlunterlagen, parteiische Wahlbeamte, mangelnde Vertraulichkeit der Wahlen, Diebstahl von Wahlunterlagen, offener Wahlbetrug, Überfälle auf Transporte der Wahlurnen, Einschüchterung der Wähler durch Parteiagenten. Politische Morde im Vorfeld erschütterten das Land. Bewaffnete Überfälle auf Wahllokale, Diebstahl von Wahlunterlagen, massive Manipulationen und Wahlanfechtungen waren an der Tagesordnung. Wie selbstverständlich benutzte die PDP den gesamten Staatsapparat für ihren Wahlkampf. Etwa 200 Menschen verloren allein an den beiden Wahltagen ihr Leben, Tausende wurden bei Übergriffen von Jugendbanden der Parteien und bei massiven Militäreinsätzen verletzt. Die Bilanz steht fest: Die Wahlen waren weder fair noch frei, repräsentieren nicht den politischen Willen des nigerianischen Volkes (so das Verdikt der Europäischen Beobachtermission EU-EOM) – und lösen keines der überwältigenden Probleme des angeschlagenen Landes.

---

of Preliminary Findings and Conclusions: Elections fail to meet hopes and expectations of the Nigerian people and fall far short of basic international standards" – Abuja, April 2007



## **Wahlfälschungen und Nachwahlen drücken die Wahlbeteiligung**

Die Wahlen waren so unvollständig, dass in 27 von 36 Bundesstaaten **Nachwahlen** angesetzt werden mussten, die eine Woche später am 28. April stattfanden. Zu diesem Zeitpunkt aber hatte die nigerianische Bevölkerung längst den Glauben an Veränderungen durch den Stimmzettel verloren. Die für das Machtgefüge in der Föderalen Republik Nigeria wichtigen Länderwahlen am 14. April hatten noch eine relativ hohe Wahlbeteiligung von 40-50 %. Verlässliche und belastbare Zahlen liegen nicht vor. Angesichts von Gewalt und offensichtlichem Wahlbetrug bei den eigentlich mit Spannung erwarteten Präsidentschaftswahlen sank die Beteiligung auf 20-25 %, und bei den Nachwahlen zu den Parlamenten sah kaum noch jemand die Notwendigkeit, sich erneut dem Frust einer gefälschten Wahl auszusetzen. So haben die Wahlen auch einen massiven Vertrauensverlust bei den NigerianerInnen hinsichtlich von Veränderungen durch Wahlen bewirkt.

Die Regierungspartei PDP hat allerdings das „beste Ergebnis ihrer Geschichte“ eingefahren. Wenn man bedenkt, dass auch das Koalitionsbündnis Action Congress politisch nur eine andere Spielart der Politik der PDP darstellt, wird das Land nun von einer **übermächtigen Partei** regiert, deren demokratische Legitimität sehr fragwürdig ist. Eine effektive Opposition existiert nur in wenigen Bundesstaaten. Beobachter sprechen von einem Quasi-Einparteienstaat. Allerdings hat dieser Begriff in Nigeria wenig Relevanz, da Parteien eher als Wahlvereine anzusehen sind und keine ideologisch-politischen Orientierungen vermitteln.

Der scheidende Staatspräsident Olusegun Obasanjo lobte den erfolgreichen Verlauf der Wahlen, gab aber auch Unregelmäßigkeiten zu. Diese müssten in nur drei Wochen vor den eigens eingerichteten Wahlgerichten aufgearbeitet werden. Erwartungsgemäß war dies eine unlösbare Aufgabe angesichts der Zahl und Schwere der dokumentierten Verfehlungen. Prof. Maurice Iwu, der Vorsitzende der Wahlkommission INEC sprach von einer „historischen Wahl, von deren glänzendem Verlauf noch in Generationen gesprochen werde“. Zynischer kann das vollständige Chaos einer zutiefst undemokratischen Wahl kaum beschrieben werden. Die mehr als 120 Personen umfassende **Delegation der Wahl-BeobachterInnen der Europäischen Union (EUEOM)** fand harsche Worte für die Wahlen: „Ich bin sehr enttäuscht“, sagte Max van den Berg, der Leiter der EUEOM-Mission. „Diese Wahlen haben die Hoffnungen und Erwartungen des nigerianischen Volkes betrogen. Der Wahlvorgang hat keine Glaubwürdigkeit. Dies ist umso bedauerlicher, da die Bedingungen besser waren. Grundrechte wie die Meinungs- und Versammlungsfreiheit wurden weitgehend beachtet. Die Gerichte spielten eine positive, unabhängige Rolle. Insbesondere die Nigerianer selbst haben große Geduld und Entschlossenheit im Wahlvorgang zur Schau gestellt, oft unter sehr schwierigen Bedingungen.“

## **Die schlechteste Wahl seit der Unabhängigkeit**

Beobachter sind sich einig. Dies war die „schlechteste“ Wahl in der erst 60-jährigen Geschichte des Landes seit der Unabhängig-

keit. Und dies angesichts unbestreitbarer Verbesserungen in der Infrastruktur und Telekommunikation, in der Verfügbarkeit ausgebildeter Wahlhelfer usw. Der normalerweise sehr zurückhaltende Yar'Adua berichtete in Abuja gar vor internationalen Journalisten, Nigeria habe die „beste Wahl seiner Geschichte“ erlebt. Selbst scharfe Kritiker der Exzesse der Wahlen der letzten Wochen halten aber eines fest: Die Wahlen haben einen friedlichen Übergang von einer zivilen Regierung zur nächsten ermöglicht. Das ist ein nicht zu unterschätzendes Novum für Nigeria. Es ist noch kein Jahr her, da versuchte der jetzt scheidende Präsident über Mittelsmänner in seiner Partei, dies durch eine Verfassungsänderung zu verhindern. Damals begann eine neue Pflanze der Demokratie zu blühen, und sie ist auch nicht durch die notorisch undemokratischen Wahlen des Jahres 2007 zerstört worden.

## **Wahleinsprüche können das Ergebnis nur teilweise korrigieren**

Die Opposition hatte weder die Einigkeit noch die Kraft, die Wahlen substantiell anzufechten. Zurzeit werden **hunderte von Wahleinsprüchen** bearbeitet, so dass vielleicht das eine oder andere politische Amt anders besetzt wird. Am politischen Gesamtergebnis dieser Wahlen wird das aber nichts ändern. Die Regierungspartei PDP kann - mit mehr Macht ausgestattet als jemals zuvor - das Land weiterregieren. Gewalttätige Proteste bleiben regional begrenzt, eine „orangene Revolution“, wie sie sich manche Beobachter herbeiwünschten, ist ausgeblieben. Die Massendemonstrationen, die für den 1. Mai 2007 geplant waren, hatten kaum Zulauf und wurden durch starke Militärpräsenz im Keim erstickt. Die Gewerkschaftsbewegung musste damit eine Schlappe einstecken. Neuwahlen, wie sie von Teilen der Opposition und der Zivilgesellschaft gefordert wurden, hat es nicht geben. Sie erscheinen auch nicht wünschenswert, würden sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen doch keine anderen Ergebnisse produzieren und das Land weiter destabilisieren. Die Militärs hätten dies – so die Befürchtung von Beobachtern – als Beleg dafür werten können, dass die zivilen Regierungen nicht in der Lage seien, das Land erfolgreich zu regieren, und dies als Vorwand für eine erneute Übernahme der Macht nutzen können. Erst eine gründliche Wahlrechtsreform (u. a. eine wirklich unabhängige Wahlkommission) und eine Reihe von dringenden Verfassungsänderungen (z. B. Beschränkung der Macht der Provinzgouverneure) könnten daran etwas ändern. Der designierte Präsident hat bereits eine Wahlrechtsreform angekündigt.

Der unterlegene Präsidentschaftskandidat Prof. Pat Utomi hat es treffend ausgedrückt: „Es kann keine Demokratie geben ohne Demokraten.“ Er meinte damit sowohl die Wähler als auch die Gewählten. Solange grundsätzliche demokratische Prinzipien und Einstellungen weder in der Bevölkerung noch der Regierung verankert sind, führen auch demokratische Strukturen und Abläufe wie Parteien und Wahlen nicht zu einer wirklichen Bürgerbeteiligung. Zudem ist es nicht verwunderlich, dass in einem Land ohne demokratische Tradition, in dem 70 % der Bevölkerung unter der Armutsgrenze leben, der Preis für eine Stimme am Wahltag niedrig bemessen ist: Für ein oder zwei Euro, in Nigeria immerhin der Gegenwert einer mehrtägigen Versorgung mit Nahrungsmitteln, ist ein Wähler leicht zu überreden, seinen Daumenabdruck auf eine

markierte Stelle zu setzen. Ohne überzeugende Strategien zur Armutsbekämpfung haben deshalb auch Maßnahmen gegen Wahlbetrug nur geringe Aussicht auf Erfolg.

Nach dem Wahlbetrug haben vor allem die unterlegenen Oppositionsparteien angekündigt, die **Wahlen anzufechten**. Ihre Argumente sind stark, die Beweise erdrückend. Dennoch scheint es einen nationalen Konsens darüber zu geben, die Wahlen nicht grundsätzlich in Frage zu stellen. Lediglich Teile des Action Congress (AC) bleiben bei der fundamentalen Opposition und verweigern sich einer Regierung der Nationalen Einheit. Daher nehmen jetzt die Wahltribunale ihre Arbeit auf, um die stärksten Betrugsereignisse während der Wahlen zu ahnden. Allerdings glauben nur wenige an diesen Rechtsweg, der sich in der Vergangenheit als kaum erfolgreich gezeigt hat.

### **Der Frauenanteil in der Politik ist minimal**

Die Wahlen des Jahres 2007 haben neben den eklatanten Wahlfälschungen erneut belegt, wie schwierig es ist, **Frauen** für die aktive Politik und für Wahlämter zu interessieren - und den wenigen Interessierten dann auch zu einem Durchbruch zu verhelfen:

Lediglich eine von 100 mutigen Frauen, die sich unter nigerianischen Bedingungen zur Wahl stellten, schaffte somit den Sprung in die aktive Politik. Die Heinrich-Böll-Stiftung wird sich daher noch stärker (zurzeit laufen zwei Projekte dazu mit WARDC and CIRD-DOC) mit den Fragen beschäftigen, wie und warum Frauen weiterhin nur marginal am formaldemokratischen Prozess beteiligt sind und welche langfristigen Strategien zur Überwindung dieser Hindernisse notwendig sind.

Keine Rolle spielte im Wahlkampf die Verschärfung der **homophoben Tendenzen** in der nigerianischen Gesellschaft. Ein Vorstoß von LGBTI-Aktivist<sup>8</sup> zur Anerkennung gleichgeschlechtlicher Ehen wurde zum Bumerang. In den dazu angesetzten parlamentarischen Anhörungen wurde stattdessen ein wesentlich verschärftes Gesetzesvorhaben eingebracht, das jede öffentlich Beschäftigung mit dem Thema – zusätzlich zu der schon bestehenden Kriminalisierung homosexueller Kontakte - unter Strafe stellen würde. Das Gesetz wurde bisher nicht verabschiedet, wird aber weiter in der parlamentarischen Beratung bleiben.

### **Ein Generalstreik stärkt die Gewerkschaften**

Kurz vor der Einführung der neuen Regierung unter Präsident Yar'Adua am 29. Mai 2007 dann die nigerianischen Gewerkschaften unter dem Nigeria Labour Congress (NLC) zum Generalstreik auf.. Sowohl der Zeitpunkt als auch der Anlass waren ungewöhnlich. So kurz vor der Amtseinführung hatte der Streik deutlich politische Ziele, zumal die wichtigsten Forderungen bereits vor Streikbeginn erfüllt waren:

- Der Benzinpreis wurde von 75 auf 70 Naira reduziert (bisher 65 Naira pro Liter). Eine Expertenkommission

wird die Art und Weise der Benzinpreiserhöhungen untersucht. Der Präsident hat sich persönlich dafür verbürgt, dass der Preis in den nächsten 12 Monaten nicht über die 70-Naira-Marke angehoben wird.

- Die Heraufsetzung der Mehrwertsteuer von 5 auf 10 % wurde zurück genommen.
- Die Löhne und Gehälter für Regierungsbedienstete werden rückwirkend zum 1. Januar 2007 um 15 % angehoben.
- Die Privatisierung der Raffinerien in Port Harcourt und Kaduna wird von einem Expertenteam untersucht. Falls es dabei zu Unregelmäßigkeiten gekommen sein sollte, müssen die Verkäufe rückgängig gemacht werden.

Dieser weitgehende Erfolg der Gewerkschaften war durch eine vollständige Lähmung der wirtschaftlichen Aktivitäten des Landes erreicht worden. Selten ist ein Streik so umfassend und in allen Landesteilen durchgesetzt worden, und – das war das Besondere – diesmal fast ohne jede Gewalt. Dies hat die Verhandlungsposition der Gewerkschaften enorm gestärkt. Präsident Yar'Adua hat sich persönlich in die Verhandlungen eingemischt und weitreichende Garantien abgegeben.

Die Verhandlungsergebnisse verweisen auf das dem Streik zugrunde liegende **politische Kalkül** der Gewerkschaften. Es ging im Kern nicht nur um die Rücknahme der ökonomischen Maßnahmen, die die breite Bevölkerung hart treffen, sondern insbesondere um den Einfluss, den die Gewerkschaften gegenüber einer neuen Regierung haben werden. Spätestens auf dem G8-Treffen in Heiligendamm ist Präsident Yar'Adua deutlich gemacht worden, dass er als Sieger aus einer gefälschten Wahl kaum demokratische Legitimität herleiten kann. Er hat sich offensichtlich für den Weg entschieden, diesen Geburtsfehler seiner Regierung durch umfangreiche Konsultationen und politische Zugeständnisse an die nigerianische Gesellschaft zu beheben. Viele vermuten jetzt eine Art politisches Tauwetter, in dem es zu weit reichenden Konsultationen mit allen Gruppen der Gesellschaft kommt, zur Einbeziehung der Opposition in der Regierung und zu einer Politik mit dem Ziel der Armutsbekämpfung. Mit dem erfolgreichen Streik haben sich die Gewerkschaften als einzige landesweite politische Kraft hervorrangend positioniert.

Ironischerweise hat die Regierung selbst **von dem Streik profitiert**. Er hat den internationalen Ölpreis auf neue Höhen getrieben, ein direkter Einkommenszuwachs für den nigerianischen Fiskus, der wahrscheinlich größer ist als der wirtschaftliche Schaden des Streiks. Dessen Kosten hat überwiegend der „Mann auf der Straße“ getragen. Daher war es auch für die Gewerkschaften wichtig, den Streik rasch wieder erfolgreich beenden zu können. So ist - wieder einmal - ein Machtkampf auf dem Rücken der nigerianischen Bevölkerung ausgetragen worden. Die Streikergebnisse kommen aber auch direkt der Bevölkerung zugute. Jetzt kann die Regierung von Yar'Adua ihre Arbeit aufnehmen. Yar'Adua hat durch seine persönliche Intervention im Streik die Sympathien der Bevölkerung auf seine Seite gebracht. Einige Beobachter vermuten ein abgekartetes Spiel, dass nämlich der scheidende Präsident Obasanjo diese „Reformen“ durchgesetzt habe, damit sein von ihm ausgewählter Nachfolger den „guten Präsidenten“ geben kann, indem er ihm die

<sup>8</sup> . LGBTI steht international für „Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender und Intersex“

Möglichkeit eröffnet, die unpopulären Maßnahmen großzügig rückgängig zu machen.

### 3. Gemischte Bilanz der Obasanjo-Jahre

Insgesamt haben die Reformen die wirtschaftliche Situation und speziell die Lebensbedingungen der „kleinen Leute“ nicht wesentlich verbessert – und viele Menschen im Land nehmen ihre Auswirkungen sogar negativ wahr. Die Obasanjo-Regierung hat es nicht vermocht, die Situation in zumindest einigen weiteren Bereichen, die das Alltagsleben unmittelbar beeinflussen, zu verbessern. Dennoch lohnt ein Blick vor allem auf die makroökonomischen Zielsetzungen, wie sie das NEEDS-Programm (National Economic Empowerment and Development Strategy) 2003 formuliert hatte. Insbesondere wurden die folgenden Indikatoren<sup>9</sup> betrachtet:

INDICATOR [%]	2004		2005		2006		2007*	
	Target	Actual	Target	Actual	Target	Actual	Target	Actual
GDP Growth Rate	5.00	6.58	6.00	6.51	6.00	5.87	7.0	7.87*
Oil Sector Growth	0.0	3.3	0.0	0.5	0.0	-4.5	0.0	2.61
Non-oil Sector Growth	7.3	7.72	8.5	8.52	8.3	8.86	9.5	9.33
Poverty Incidence	6.0	5.4	5.0	-	5.0	-	5.0	-
Inflation	10.0	15.0	9.5	11.6	9.5	8.5	9.0	-

Das Wirtschaftswachstum, und der Zuwachs im Öl- und im Nicht-Öl-Bereich lagen über den Planungen. Die überwiegende Bevölkerungsmehrheit hat von diesem Aufschwung allerdings nicht profitiert. Schon jetzt zeichnet sich deutlich ab, dass selbst bei diesen positiven makroökonomischen Kennzahlen Nigeria die Millenniumsziele nicht erreicht.

Andere Ergebnisse können sich hingegen sehen lassen. Der Wechselkurs ist stabil geblieben, der Parallelmarkt für Fremdwährungen ist verschwunden. Die Währungsreserven des Landes sind von 2004 bis 2006 von 7,7 auf 42 Milliarden US-\$ geklettert. Die Auslandsschulden sind getilgt. Ausländische Investitionen fließen wieder kräftiger nach Nigeria. Die internationale Kreditwürdigkeit Nigerias hat sich verbessert. Das neue NEEDS-2-Programm für den Zeitraum 2007-2011 baut auf diesen Vorgaben auf und formuliert sehr ehrgeizige Ziele. Ein Wirtschaftswachstum vor allem im Nicht-Öl-Bereich, insbesondere in der Landwirtschaft, von durchschnittlich 10 % soll bis 2011 ca. 10 Millionen neue Arbeitsplätze schaffen. Damit soll die Armutsquote halbiert werden. Alle diese Planungen beruhen auf einer stark gestiegenen Ölförderung bei anhaltend hohen Weltmarktpreisen, politischer Stabilität im Land, sowie der steigenden Zuversicht ausländischen Kapitals, in Nigeria zu investieren. Vor allem aber steht die Lösung von zwei Kardinalproblemen Nigerias an: Der politischen Lage im Niger-Delta und der nachhaltigen Verbesserung der Stromversorgung. Beide Themen hat sich der neue Präsident als Schwerpunktaufgaben vorgenommen.

Politisch stagnierte das Land unter Obasanjo, auch wenn sich Pressefreiheit und die Unabhängigkeit der Justiz verbessert haben. Die

grundlegenden Probleme des Landes sind aber nicht gelöst worden, und die Wirtschaftsreformen haben nicht zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen der breiten Bevölkerung geführt. Was bleibt, ist der erfolgreiche Übergang von einer Militärverwaltung in eine quasi-demokratische Regierung, sowie die erste friedliche Regierungsübergabe in der Geschichte Nigerias an eine Nachfolgeregierung. Das Wahldebakel hat allerdings dieser Leistung großen Schaden zugefügt.

Die neue Regierung unter Präsident Yar'Adua nimmt -bei Redaktionsschluss dieses Berichtes- nur sehr zögerlich Gestalt an. Die Zusammensetzung des neuen Kabinetts wird keine großen Überraschungen bereithalten. Das Wirtschaftsteam wird weiterhin von „Technokraten“ angeführt, die den Reformweg der Regierung Obasanjo fortführen werden. Allerdings ist der angesehene Ökonom Bode Augusto nicht mehr Teil des Kernteams. Präsident Yar'Adua hat sich selbst – wie schon sein Vorgänger – zum Superminister für Energie (Öl, Gas und Elektrizität) gemacht und damit die zentrale Rolle dieses Portfolios unterstrichen. Er hat auch sein Versprechen gehalten, die Opposition am Kabinett zu beteiligen und zwei Ministerposten an Kandidaten der All Nigeria's Peoples Party (ANPP) vergeben. Der AC hat sich der Teilnahme entzogen. Das Berufungsverfahren der Minister charakterisierte die nigerianische Innenpolitik. Der Präsident hatte alle 36 Provinzgouverneure gebeten, jeweils drei Politiker ihrer Wahl vorzuschlagen. Aus diesen wählten die Gremien der PDP dann die Ministerriege aus. Mit dem Amtsantritt der neuen Regierung und der neuen Provinzgouverneure verlieren die alten Gouverneure ihre verfassungsmäßige Immunität. Die Anti-Korruptionsbehörde hat gegen fünf von ihnen bereits umfangreiche Anklageschriften vorbereitet.

### 4. Nigeria im Griff des Klimawandels

Die weltweite Aufmerksamkeit für den Klimawandel scheint in Nigeria nur geringe Spuren zu hinterlassen. Das ist zunächst für ein Land wie Nigeria, dessen Wirtschaftskraft sich fast ausschließlich auf die Bereitstellung von fossilen Brennstoffen begründet, nicht weiter verwunderlich. Als eines der zehn größten Ölförderländer der Welt nimmt Nigeria auch in der OPEC eine bedeutende Stellung ein und gehört bei den internationalen Klimaverhandlungen regelmäßig zu den Bremsern, u.a. zusammen mit den USA und den Öl-Förderländern des Mittleren Ostens. Andererseits zählt Nigeria aber auch zu den Mitgliedsländern der Organisation Ölexportierender Länder (OPEC), die besonders hart von den Auswirkungen der globalen Klimaerwärmung betroffen sind. Mit seiner langen, sehr flachen und wirtschaftlich bedeutsamen Küstenregion von Lagos bis zum Niger-Delta ist das Land besonders vom Anstieg des Meeresspiegels und der damit verbundenen Küstenerosion betroffen. Die Kornkammern im Zentrum des Landes werden durch zunehmende Häufigkeit von Starkregen in Mitleidenenschaft gezogen werden. Für den bereits jetzt regenarmen Norden des Landes wird eine weitere Verringerung der Niederschläge um bis zu 40 % vorhergesagt. Durch diese Veränderungen wird die landwirtschaftliche Nutzfläche des Landes auf ein Drittel der heutigen Fläche schrumpfen. In dem bevölkerungsreichsten Land Afrikas sind damit migrationsbedingte Konflikte vorprogrammiert. Erst langsam setzt sich dazu die Erkenntnis im Land durch, dass

<sup>9</sup> Review of NEEDS & Development of NEEDS 2: Presented by Senator Abdallah Wali, Hon. Minister/Deputy Chairman, National Planning Commission, Abuja, 15 May 2007

diesen Prozessen mit einem frühzeitigen Umsteuern begegnet werden muss.

Nigeria ist mit einer Jahresproduktion von ca. 2 Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent pro Kopf rasch in die Gruppe der mittleren Treibhausgas-Emittenten aufgestiegen. Ursächlich ist dafür insbesondere die bisherige Praxis der Ölfirmen, das Erdgas, das bei der Ölförderung im Niger-Delta entsteht, einfach abzufackeln. Auf starken nationalen und internationalen Druck hin haben sich die nigerianische Regierung und die dort tätigen Ölgesellschaften auf eine Gewinnung und Weiterverwendung des Erdgases geeinigt, ein Vorgang, der bis Ende 2008 abgeschlossen sein sollte. Allerdings ist bereits jetzt absehbar, dass dieser Termin nicht eingehalten werden kann. Bisher ist erst eine einzige Anlage zur Gasverflüssigung in Betrieb, eine weitere ist im Bau. Die gegenwärtig bekannten Ölvorräte Nigerias reichen bei den bisherigen Produktionsraten für ca. 20 weitere Jahre. Die bekannten Gasvorkommen stellen die Energieproduktion für ca. 70 weitere Jahre sicher. Langfristig plant die Regierung die Ausbeute der umfangreichen Kohlelagerstätten im Osten Nigerias. Eine Abkehr von fossilen Brennstoffen ist daher auf absehbare Zeit nicht in Sicht.

Gleichzeitig stellte die Regierung auf einer Internationalen Konferenz zu Erneuerbaren Energien in Nigeria im Oktober 2006 mit dem Renewable Energy Masterplan (REMP) ambitionierte Planungsziele für die Einführung von Erneuerbaren Energien vor. Bis zum Jahr 2015 sollen 16.000 MW der nationalen Stromproduktion aus erneuerbaren Quellen stammen. Die Regierung hat einen ersten Entwurf eines Masterplans für die Einführung von Solarenergie, kleinen Wasserkraftwerken, Windgeneratoren und Biomasse-Kraftwerken vorgelegt. Die Initiative kommt zum richtigen Zeitpunkt, da die Planungen in die Reform des Energiesektors (als Teil von NEEDS 2) einfließen können. Politische Ziele dieser Reform sind die Privatisierung und stärkere Beteiligung der Privatwirtschaft an den anstehenden massiven Investitionen, die bessere Versorgung der ländlichen Gebiete sowie der schrittweise Übergang zu alternativen Energieformen, die nicht auf fossilen Brennstoffen beruhen. Der Council for Renewable Energy in Nigeria (CREN) erwartet, dass allein mit der Einführung von Erneuerbaren Energien bis zu 500.000 neue Arbeitsplätze in den nächsten 10 Jahren entstehen könnten.

## 5. Ausblick zu den Themenfeldern der Heinrich-Böll-Stiftung

Die Unterstützung des demokratischen Wandels in Nigeria gehört zu den Kernthemen der Stiftungsarbeit vor Ort. Dabei geht es in der gegenwärtigen Phase primär um die öffentliche Kontrolle des Regierungshandelns durch verbesserte Haushaltstransparenz. Die Überprüfung öffentlicher Haushalte (Budget Monitoring) steckt in Nigeria noch in den Kinderschuhen. Mit der Überprüfung der Verwendung der Abacha-Millionen ist ein hoffnungsvoller Anfang gemacht. Es steht zu erwarten, dass die Bereitschaft des nigerianischen Staates zu größerer Transparenz unter dem neuen Präsidenten steigen wird. Damit wird die noch unerfahrene Zivilgesellschaft an ihre Kapazitätsgrenzen geraten. Daher ist geplant, die Ausbildungsschritte im Bereich Budget Monitoring zu verstärken. Allerdings stößt die Projektarbeit in diesem Bereich rasch an ihre

Grenzen. Zu viele und vielfältige Programme unterschiedlicher Akteure erschweren den Überblick und führen zu geringer Effizienz. Daher sind erste Schritte zur Verbesserung der Geber-Koordination eingeleitet. Konsens ist dabei, dass es nicht nur um die Nachverfolgung der Finanzströme sondern zunehmend auch um die Frage der haushaltsgerechten Verwendung der Mittel (due process in public procurement) gehen sollte.

Der Kampf gegen die Korruption erhält in den ersten Wochen und Monaten der neuen Regierung sicherlich eine stärkere Bedeutung. Die Regierung Yar'Adua – so die Voraussage vieler Beobachter – wird zunächst einen nationalen Konsens zu Fragen der gesellschaftspolitischen Entwicklung herbeiführen. In diesem Zusammenhang wird es zu zahlreichen Konsultationsprozessen und dem Versuch zu größerer Transparenz im Regierungshandeln kommen. Hier ergeben sich gerade für die Stiftung erhebliche Handlungsfelder und politische Spielräume im Bereich der „guten Regierungsführung“. Jedoch deuten sich Kompromisse insbesondere der Justiz und der Strafverfolgungsbehörden mit der herrschenden Öl-Elite an, so dass auch hier kurzfristig keine grundlegenden Veränderungen zu erwarten sind. Die gesellschaftliche Entwicklung wird weiter stagnieren.

Die geringe Innovation im politischen Alltag Nigerias hängt auch mit der überraschend geringen Rolle von Frauen in der Politik zusammen. Wenn Frauen stärker für Wahlämter zur Verfügung stehen, besteht eine größere Chance, das Übel des „politischen Unternehmertums“ in Nigeria zu bekämpfen. Bei den anstehenden Kommunalwahlen könnten Frauen eine stärkere Rolle nahe zu den häuslichen Lebenswelten spielen; allerdings ist diese Politikebene noch stärker von Männern dominiert als die Provinz- und Bundesstrukturen. Hier gilt es, geschlechterdemokratische Netzwerke von Frauen in der Politik aufzubauen, um ihnen verbesserte Zugänge zu politischer Macht zu ermöglichen.

In der Vergangenheit ist Nigeria immer wieder Schauplatz von fremdenfeindlichen Pogromen gewesen, die sich meist gegen Einwanderergruppen aus den verarmten Nachbarländern richteten, aber auch gegen interne Flüchtlinge. Mit der steigenden Integration in der ECOWAS-Zone könnten solche Konflikte wieder aktuell werden.

Auch wenn das vergangene Jahr nicht mehr von schweren gewalttätigen Krisen gekennzeichnet war, sind doch die zahlreichen internen Widersprüche, die verstärkte Konkurrenz um knapper werdende Ressourcen sowie vor allem die Konflikte im Niger-Delta zwischen der verarmten Bevölkerung, korrupten Politikern und Militärs und den internationalen Ölgesellschaften noch längst nicht behoben. Die Heinrich-Böll-Stiftung wird daher weiterhin an den Grundlagen friedlicher Konfliktbeilegung arbeiten und insbesondere niedrigschwellige Konflikte auf Gemeindeebene in den Blick nehmen. Dabei stehen zwei spezifische Zielgruppen im Fokus: Frauen aus den betroffenen Gemeinden und religiöse Führer. Ziel der Arbeit wird es sein, als vorausschauende Krisenprävention die gesellschaftlichen Frühwarnsysteme zu verbessern und die Selbstregulierung von Ressourcenkonflikten vor Ort zu verbessern. Gerade in der Arbeit zum Empowerment von Frauen sind dabei gute Erfolge zu verzeichnen, die weiter ausgebaut werden sollen. Das

Engagement der Stiftung wird sich auf neue Herausforderungen einstellen müssen, wobei die Auseinandersetzungen um die knapper werdenden Ressourcen außerhalb des Öl-Sektors zunehmend von Bedeutung einnehmen.

In diesem weiteren Zusammenhang steht auch der Kontakt zu der in Gründung befindlichen Nigerianischen Grünen Partei, die sich ein dezidiert friedens- und umweltpolitisches Profil geben möchte. Diese Gründung wird kritisch beraten und begleitet.

Die wirtschaftliche Entwicklung Nigerias wird keinen grundlegenden Änderungen unterworfen werden, sofern der Weltmarkt für Öl und Gas keine größeren Umwälzungen erlebt. Stabil hohe Rohstoffpreise werden weiterhin zu einem starken Einnahme-Wachstum führen, mit allen damit verbundenen Segnungen und Problemen einer vollständig vom Öl (und Gas) abhängigen Volkswirtschaft. Auch die neue Regierung lässt keinen Willen für radikales Umdenken oder Gegensteuern erkennen. In den anstehenden Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und den Staaten der westafrikanischen Wirtschaftsunion (ECOWAS) für neue Wirtschafts-Partnerschaftsabkommen (Economic Partnership Agreements (EPA) spielen soziale und ökologische Standards bisher überhaupt keine Rolle. Insofern werden die in diesem Bericht beschriebenen Trends einer raschen Verbesserung der makroökonomischen Kennzahlen ohne gleichzeitiges Wachstum der Beschäftigung und der Verbesserung der Einkommenssituation der Mehrzahl der NigerianerInnen andauern. Mit der Fortführung der wirtschaftspolitischen Reformen wird auch die Weltmarktintegration von Nigeria steigen und sich auf zahlreiche neue Gebiete außerhalb des Öl- und Gasexports (Landwirtschaft, Bergbau, Tourismus, Filmproduktion, usw.) ausdehnen. Der Nicht-Öl-Bereich zeigt dabei nach einer Analyse des Weltwährungsfonds die größeren Wachstumsraten. Auch im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) wird Nigeria zahlreiche Anpassungsprozesse durchlaufen, für die sowohl die Vertreter der Regierung als auch die der Zivilgesellschaft schlecht gerüstet zu sein scheinen. Die Stiftung wird daher ihre Bemühungen um die Gründung eines National Trade Research Center fortsetzen und wirtschaftspolitische Grundbildung für zivilgesellschaftliche Akteure und Regierungsvertreter anbieten. Insbesondere werden Fragen des Patent- und Markenschutzes in Nigeria eine wichtige Rolle spielen. Auch die kritische Begleitung der weiteren Privatisierungspolitik steht in diesem Zusammenhang.

Die ländlichen Gebiete werden angesichts einer fehlenden Politik für eine ländliche Entwicklung weiter ausbluten. Insbesondere Lagos wird daher als größte Megacity auf dem afrikanischen Kontinent ihren ungebremsten Wachstumsprozess rapide fortsetzen. Allerdings werden – so der Weltbevölkerungsfonds (United Nations Population Fund UNFPA) – gerade auch die „kleineren“ Großstädte Nigerias (wie Ibadan mit 5 Millionen oder Abuja mit 2,5 Millionen Einwohnern) rasch wachsen, ohne darauf eingestellt zu sein. In Zukunft werden ökologische Fragen, insbesondere des Klimawandels, stärker in den Mittelpunkt der nigerianischen Politik rücken. Gleichzeitig wird Nigeria stärker von klimatischen Extremen heimgesucht werden. Die Wüstengebiete im Norden werden sich weiter ausdehnen. Die landwirtschaftlichen Nutzgebiete des Middle Belt werden stärker von Starkregen-Ereignissen in Mitleiden-

schaft gezogen werden. Der Meeresspiegelanstieg führt zu verstärkter Erosion und Überschwemmung der langen und gefährdeten Küstenlinie Nigerias. Alle diese Folgen des Klimawandels sind bereits jetzt spürbar.

Ihre Auswirkungen führen bereits jetzt zu einer Verschärfung der Konflikte um geringer werdende Ressourcen. Insbesondere die Verringerung der Niederschläge im Norden des Landes wird zu weiteren Migrationsbewegungen nach Süden führen. Insofern ist der gegenwärtig zu beobachtende Rückgang gewaltsamer Konflikte vermutlich nicht von langer Dauer.

Allerdings sind diese Zusammenhänge bisher kaum im politischen Denken und Handeln Nigerias angekommen: Künftig wird es daher der Stiftung darauf ankommen, zu einer multidisziplinären Behandlung des Themas „Klimawandel“ im Rahmen der neuen Wirtschaftspolitik NEEDS 2 mit dem Ziel einer konsistenten Klimapolitik beizutragen. Dabei ist Nigeria insbesondere als wichtiges OPEC-Mitglied gefragt, das sowohl zu den bedeutenden Verursachern als auch zu den Opfern des Klimawandels gehört.

Langfristig kommt es daher darauf an, eine Energiewende auch im Öl-abhängigen Nigeria einzuleiten. Sicherlich werden hierbei keine kurzfristigen Erfolge zu verzeichnen sein. Die Regierung, auch gerade unter dem neuen Präsidenten, lässt jedoch erkennen, dass sie zumindest interessiert ist, eine langfristige Politik in diesem Bereich zu diskutieren und sich auf eine Förderung der Erneuerbaren Energien einzulassen. Die Heinrich-Böll-Stiftung wird daher zum Thema „Anpassung an den Klimawandel“ eigene Aktivitäten entfalten.

Dr. Stefan Cramer, Lagos Juli 2007

## Abkürzungen / Glossar

ADC	=African Democratic Congress
ANPP	=All Nigerian People's Party
AU	=African Union
BMPIU	=Budget Monitoring and Price Intelligence Unit
CNOOC	=China National Overseas Oil Corporation Ltd.
CREN	=Council for Renewable Energy in Nigeria
DPP	=Democratic People's Party
ECOWAS	=Economic Community of West African States
EFCC	=Economic and Financial Crimes Commission
EITI	=Extractive Industries Transparency Initiative
EPA	=Economic Partnership Agreement
EU	=European Union
EUEOM	=European Union Election Observation Mission
FCT	=Federal Capital Territory, = Abuja und Umgebung
HBF	=Heinrich Böll Foundation
ICPC	=Independent Corrupt Practices Commission
INEC	=Independent National Election Commission
LGBTI	=Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender und Intersex
MASSOB	=Movement for the Actualisation of the Sovereign State of Biafra
MEND	=Movement for the Emancipation of the Niger Delta
NEEDS	=National Economic Empowerment and Development Strategy
NEITI	=Nigerian Extractive Industries Transparency Initiative
NEPA	=Nigerian Energy Power Agency
NLC	=Nigeria Labour Congress
NNPC	=Nigerian National Petroleum Corporation
OPC	=Oodua People's Congress
OPEC	=Organization of Oil Exporting Countries
PHCN	=Power Holding Company of Nigeria
PDP	=People's Democratic Party
PTDF	=Petroleum Technology Development Fund
REMP	=Renewable Energy Masterplan
UNEP	=United Nations Environment Programme
UNFPA	=United Nations Population Fund
UNRISD	=United Nations Research Institute on Social Development